

II-1321 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 809 N

A n f r a g e

1987-07-10

der Abgeordneten Weinberger, Leikam
und Genossen

an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft
betreffend Änderung der Geschäfts- und Personaleinteilung im
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Einem Bericht der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter im
Landwirtschaftsministerium zufolge beabsichtige Bundesminister
Dipl. Ing. Riegler mit dem nunmehr vorliegenden Entwurf einer
Änderung der Geschäfts- und Personaleinteilung den völligen Um-
bau des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft. Als
Begründung wird dabei von der mit der Erstellung der Geschäfts-
und Personaleinteilung beauftragten "Sondereinheit" die "Wieder-
herstellung der fachlichen Zusammenhänge" sowie die "Beseitigung
des Kompetenzwirrwarrs" (Presse vom 20.6.1987) angegeben.

Tatsächlich bringt dieser Entwurf eine künstliche Aufblähung der
Zentralleitung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirt-
schaft um zusätzlich 5 Gruppen, 6 Abteilungen und 3 Referate,
sowie die Zersplitterung von bisher in einer Abteilung zusammen-
gefaßten Agenden auf mehrere Abteilungen bzw. Gruppen (z.B. Personal -
Dienstrecht, Budget - Beschaffung) und damit das Gegenteil einer
ökonomischen und konzentrierten Verwaltung.

Auch beinhaltet der Entwurf die Abberufung von insgesamt 17
Funktionsträgern, womit zusätzlich Platz für den personalpoliti-
schen "Nachholbedarf" der FCG-ÖAAB-Anhänger geschaffen werden soll.
Insgesamt sind damit 29 Funktionen neu zu besetzen.

Nicht nur, daß rasch 20 loyale und tüchtige Beamte von ihren
bisherigen Aufgabenbereichen entfernt werden sollen, deren
einziger "Fehler" es ist, nicht im politischen Lager des Ministers

zu stehen, soll einem Teil dieser Beamten nur mehr Scheinaufgaben zugewiesen werden.

Diese ungerechtfertigte Aufblähung der Verwaltung widerspricht sowohl den Grundsätzen der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit, als auch dem Beschluß der Bundesregierung, jede Verteuerung der Verwaltung zu vermeiden.

Nach Auffassung der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat der Entwurf einen Personalbedarf von mindestens 11 Planstellen für 5 neue Gruppen und 6 neue Abteilungen auf einen Bedarf von rund S 1,2 Millionen jährlich für zusätzliche Verwendungszulagen zu Folge, was den Spartendenzen im Öffentlichen Dienst widerspricht.

Da sachliche Gründe für diese Maßnahmen nicht bekannt sind und rein parteipolitisch motivierte Maßnahmen im krassen Widerspruch zu dem Koalitionsübereinkommen über die Objektivierung der Postenvergabe im Öffentlichen Dienst stehen, stellen die unterfertigten Abgeordneten die folgende

A n f r a g e :

1. Ist es richtig, daß in der Zentraleitung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft insgesamt 14 Organisationseinheiten (5 Gruppen, 6 Abteilungen und 3 Referate) neu geschaffen und durch Abberufung von Funktionsträgern insgesamt 29 Funktionen neu besetzt werden sollen ?
2. Wie vereinbaren Sie eine derartige Vermehrung und Zersplitterung von Organisationseinheiten mit den Vorstellungen von einer konzentrierten Verwaltung ?
3. Wie vereinbaren Sie die Schaffung von derart vielen neuen Organisationseinheiten und den damit verbundenen Personal-

- 3 -

bedarf und Mehraufwand für Funktionszulagen mit den Sparintentionen der im Amt befindlichen Koalitionsregierung ?

4. Von welchen Organisationseinheiten in der Zentraleitung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft beabsichtigen Sie die für die neu zu errichtenden Gruppen und Abteilungen zumindest erforderlichen 11 Planstellen abzuziehen?
5. Beabsichtigen Sie zur Deckung des mit der neuen Geschäfts- und Personaleinteilung verbundenen Personalbedarfs unter Umgehung des Stellenplanes Personal zu Lasten der nachgeordneten Dienststellen aufzunehmen?
6. Dienstrechtlich gesehen stellen zahlreiche der beabsichtigten Maßnahmen "qualifizierte Verwendungsänderungen" dar, die nur bescheidmäßig und bei Vorliegen eines wichtigen dienstlichen Interesses verfügt werden dürfen.

Beabsichtigen Sie diese, einer Versetzung gleichzuhaltenden qualifizierten Verwendungsänderungen dem Beamten-Dienstrechtsgesetz entsprechend vor Erlassung der Geschäfts- und Personaleinteilung mit Bescheid zu erlassen und welches "wichtige dienstliche Interesse" werden Sie in diesen Fällen (Fragen 11 - 28) angeben ?

7. Dem Entwurf zufolge sollen den Bediensteten MR Mag. BÖHM, OKmsr Dr. WEINGART, OR Mag. HAHLER, OR Dipl.Ing. POSCH, OKmsr. Dr. SCHNATTINGER, OR Dipl.Ing. SZKLENAR und OR Dr. TAUSCH Arbeitsplätze zugewiesen werden, die nicht die volle Normalarbeitskraft eines Menschen erfordern, wie es den Bestimmungen des Beamten-Dienstrechtsgesetzes entsprechen würde.

Warum weisen Sie den Genannten keinen Arbeitsplatz zu, der sie voll auslastet?

8. Wie vereinbaren Sie die Nicht- bzw. Unterbeschäftigung höchst qualifizierter und leistungswilliger Beamter mit dem Grundsatz der Sparsamkeit im Öffentlichen Dienst?
9. Nach Aussage Ihrer "Sondereinheit" sollen für die freigewordenen Funktionen bzw. für die Leitung der neugeschaffenen Organisationseinheiten nur Bedienstete aus dem Personalstand des Ressorts herangezogen werden.

Wie bringen Sie diese Absicht mit den Intentionen des Ausschreibungsgesetzes und den Bestimmungen des § 4 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes in Einklang?

10. Ist es richtig, daß Sie der Innenrevision einen Prüfauftrag zur Revision der Personalabteilung gegeben haben, um gegen die dort tätigen Bediensteten "Munition" für deren Abhalfterung zusammenzutragen?
11. Welche konkreten dienstlichen Gründe bzw. Bemängelungen sind für die beabsichtigte Abberufung von MR Mag. BÖHM von seiner Funktion als Leiter der Abteilung Präs. A 2 (Personalabteilung) ausschlaggebend?
12. Welche konkreten dienstlichen Gründe bzw. Bemängelungen sind für die beabsichtigte Abberufung von OR Dkfm. Mag. Karin HAHLER von ihrer Funktion als Leiter der Abteilung II A 12 (Ldw. Schulabteilung) ausschlaggebend?
13. Welche konkreten dienstlichen Gründe bzw. Bemängelungen sind für die beabsichtigte Abberufung von MR Univ.Doiz. Dipl.Ing. Dr. Richard SILVESTRI von seiner Funktion als Leiter der Abteilung II A 1 (Ldw. Bundesanstalten, Forschungs- und Versuchswesen) ausschlaggebend?

- 5 -

14. Welche konkreten dienstlichen Gründe bzw. Bemängelungen sind für die beabsichtigte Abberufung von OKmsr. Dipl.Ing. Elfriede FUHRMANN von ihrer Funktion als Stellvertreter des Leiters der Abteilung II A 1 (Ldw. Bundesanstalten, Forschungs- und Versuchswesen) ausschlaggebend?
15. Welche konkreten dienstlichen Gründe bzw. Bemängelungen sind für die beabsichtigte Abberufung von Kmsr. Dipl.Ing. Michaela SCHWAIGER von ihrer Funktion als Stellvertreter des Leiters der Abteilung II A 5 (Gemüse, Obst- und Gartenbau, Bundesgärten, Bundesqualitätskontrolle) ausschlaggebend?
16. Welche konkreten dienstlichen Gründe bzw. Bemängelungen sind für die beabsichtigte Abberufung von OR Dipl.Ing. Alois POSCH von seiner Funktion als Leiter der Abteilung Präs. A 1 (Grundsatzangelegenheiten, Öffentlichkeitsarbeit, Volksanwaltschaft, parlamentarische Anfragen) ausschlaggebend?
17. Welche konkreten dienstlichen Gründe bzw. Bemängelungen sind für die beabsichtigte Abberufung von OKmsr. Mag. Dipl.Ing. Dr. Robert SCHNATTINGER von seiner Funktion als Stellvertreter des Leiters der Abteilung Präs. A 1 (Grundsatzangelegenheiten, Öffentlichkeitsarbeit, Volksanwaltschaft, parlamentarische Anfragen) ausschlaggebend?
18. Welche konkreten dienstlichen Gründe bzw. Bemängelungen sind für die beabsichtigte Abberufung von Kmsr. Mag. Dr. Dietmar KINZEL von seiner Funktion als Leiter der Ständigen Vertretung Österreichs bei der FAO ausschlaggebend?
19. Welche konkreten dienstlichen Gründe bzw. Bemängelungen sind für die beabsichtigte Abberufung von ADir. RgR Ing. Gertrude JAKESCH von ihrer Funktion als Stellvertreter des Leiters der Abteilung III A 4 (Handelspolitik) ausschlaggebend?

20. Welche konkreten dienstlichen Gründe bzw. Bemängelungen sind für die beabsichtigte Abberufung von OKmsr. Dr. Rudolf KRACHER von seiner Funktion als Stellvertreter des Leiters der Abteilung III B 11 (begleitende Kontrolle Kap. 62, Weinaufsicht) und seiner Abberufung als Leiter des Referates III B 11 m (Kontrolle der aus den Mitteln des Kap. 62 finanzierten Maßnahmen im Bereich des Brotgetreideausgleichs, Milchpreisausgleichs, des Preisausgleichs bei Schlachttieren, tierische Produkten und des Futtermittelpreisausgleichs) ausschlaggebend?
21. Welche konkreten dienstlichen Gründe bzw. Bemängelungen sind für die beabsichtigte Abberufung von R Dipl.Ing. Raimund TSCHULIK von seiner Funktion als Stellvertreter des Leiters der Abteilung IV B 4 (Flussbau, Gefahrenzonenpläne) ausschlaggebend?
22. Welche konkreten dienstlichen Gründe bzw. Bemängelungen sind für die beabsichtigte Abberufung von OR Dipl.Ing. Walter MOTTL von seiner Funktion als Stellvertreter des Leiters der Abteilung IV B 5 (Landeskultureller Wasserbau) ausschlaggebend?
23. Welche konkreten dienstlichen Gründe bzw. Bemängelungen sind für die beabsichtigte Verkleinerung der bisher von OR Dipl.Ing. Dr. Alfred KASTNER geleiteten Gruppe ausschlaggebend, dem die wichtigsten Aufgabenbereiche und 50 % seiner Mitarbeiter weggenommen werden sollen?
24. Welche konkreten dienstlichen Gründe bzw. Bemängelungen sind ausschlaggebend dem bisherigen Leiter der Abt. V A 5, OR Dipl.Ing. Rudolf THEMESL wichtige Aufgaben und notwendiges Personal wegzunehmen?
25. Welche konkreten dienstlichen Gründe bzw. Bemängelungen sind ausschlaggebend, der bisher von MinRat Dipl.Ing. Dr. SAMMER geleiteten Abteilung V A 1 einen Großteil der Agenden wegzunehmen und daraus eine zusätzliche Abteilung zu konstruieren?

26. Welche konkreten dienstlichen Gründe bzw. Bemängelungen sind ausschlaggebend, dem bisher von Rev.Ing. Heinrich SCHWARZ geleiteten Referat V 2 b die Aufgaben der Mitwirkung bei den Angelegenheiten der EDV und der Textverarbeitung für den Bereich der Forstsektion wegzunehmen und vollkommen neue Aufgaben (Vollziehung des Holzkontrollgesetzes und Führung der EDV-gestützten Holzein- und Durchführkontrolldaten) zu übertragen, die einer langdauernden und umfangreichen Einarbeitung bedürfen und bisher von zumindest zwei Akademikern wahrgenommen wurden?
27. Welche konkreten dienstlichen Gründe bzw. Bemängelungen sind für die beabsichtigte Abberufung von MR Dipl.Ing. Josef STERBA von seiner Funktion als Leiter des Referates Präs. A 1 b (parlamentarische Anfragen, Volksanwaltschaft) ausschlaggebend?
28. Welche konkreten dienstlichen Gründe bzw. Bemängelungen sind für die beabsichtigte Abberufung von R Dipl.Ing. Gloria PETROVICS von ihrer Funktion als Leiter des Referates II A 2 a (Angelegenheiten der Pflanzen- und Tierproduktion im Rahmen der Bundesversuchswirtschaften) ausschlaggebend?
29. Ist es richtig, daß im Präsidium des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft eine neue Gruppe (Präs. C) eingerichtet werden soll, die den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes insofern widerspricht, als ein besonderes Zusammenwirken der vorgesehenen Abteilungen (Beschaffungswesen, Personal und EDV) gar nicht möglich ist und für den neu einzusetzenden Gruppenleiter deshalb keine Koordinationsaufgaben anfallen?
30. Ist es richtig, daß zum Leiter der neuen Gruppe Präs. C Ministerialrat Dr. Erich SOMMERSACHER bestellt werden soll, um ihn damit für seine Arbeit in der "Sondereinheit" zu belohnen?

- 8 -

31. Als Gruppenleiter der Gruppe Präs. C hätte MinRat SOMMERSACHER direkten Einfluß auf die neu geschaffene Personalabteilung. Der seinerzeitige Vorsitzende der Bundessektion VI (Land- und Forstwirtschaft) der Gewerkschaft Öffentlichen Bediensteten, der ihrer Partei angehört, hat an das Präsidium Ihres Ressort im Jahre 1979 den folgenden Brief gerichtet (Stenographische Protokolle des Nationalrates XV. GP - 10. Sitzung - 24. Oktober 1979, Seite 799):

"Sehr geehrte Herren! Bei der am 20.2.1979 durchgeführten erweiteren Bundessektionsleitungssitzung wurde Klage geführt, daß die neu übernommenen Bediensteten monatelang keine Bezüge angewiesen erhalten. Dies wäre in der Privatwirtschaft kaum auszudenken, ohne daß es größere Kampfkationen unter den Bediensteten geben würde.

Die Bundessektion ist der Auffassung, daß es im Ressort möglich sein müßte, hier entsprechende Abhilfe zu schaffen. Und es wird daher gebeten, in dieser Angelegenheit das Erforderliche veranlassen zu wollen."

Ist Ihnen bekannt, daß die in diesem Schreiben angeführten Beschwerden gegen den Leiter der damaligen Personalabteilung, MinRat Dr. SOMMERSACHER, gerichtet waren und daß die ständigen Klagen der Gewerkschaft zu seiner Betrauung mit anderen Aufgaben geführt haben?